



Cross-Asset- und Strategy-Research

Deutschland vor der Wahl – Teil 1

Wachstum und Wahlprogramme: Was die Parteien anbieten

Deutschlands Volkswirtschaft verharrt in der Stagnation. Und wir befinden uns mitten in einem Wahlkampf, der stark durch wirtschaftspolitische Themen geprägt ist. Die Parteien versprechen allesamt einen Neustart in Richtung Aufschwung. Das ist verständlich und gut so, denn jedem Anfang wohnt nicht nur ein Zauber inne, sondern vor allem eine Chance. Aber Papier ist ja bekanntlich geduldig. Was bieten die Parteiprogramme wirklich? Ist alles nur Schall und Rauch, oder besteht eine echte Aussicht, dass Reformen unserer Wirtschaft wieder Schwung geben?

Wer hat das wachstumsfreundlichste Parteiprogramm?

Dieser Frage hat sich das analytische Team des LBBW Research gewidmet und ausführlich die Wahlprogramme der Parteien gewälzt. Ende 2024 haben wir die „[LBBW-Stagnationsstudie](#)“ veröffentlicht, in der wir die Ursachen der Wachstumsschwäche identifiziert haben. Nun gehen wir einen Schritt weiter. Wir haben die Parteiprogramme anhand dieser Wachstumshemmnisse analysiert und die Lösungsvorschläge von 0 (=Thema kommt gar nicht vor oder negative Wirkung) bis 4 (zentraler Aspekt des Programms, unterlegt mit plausiblen Maßnahmen) bewertet.

Die Abbildung rechts zeigt, dass offenbar keine Partei die magische Wachstumsformel gefunden hat. Die Unionsparteien und die FDP haben sich die Wirtschaft im Wahlkampf besonders auf die Fahnen geschrieben. Erwartungsgemäß schneiden sie überdurchschnittlich ab, wenn auch nicht überragend. Die Parteien an den politischen Rändern dagegen haben wirtschaftspolitisch eher wenige Pfeile im Köcher. Ein wenig überraschen mag, dass sich die Grünen in der Spitzengruppe finden. Ein Blick auf die Tabelle mit den detaillierten Ergebnissen zeigt, dass dafür vor

Dr. Moritz Kraemer

Chefvolkswirt und Leiter Research

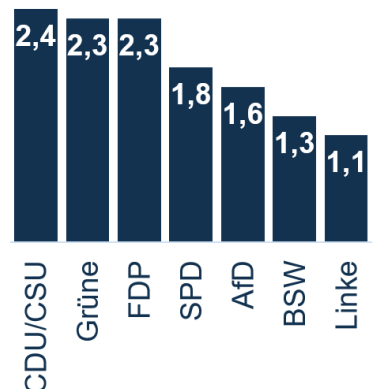
LBBWResearch@LBBW.de

14. Februar 2025

[Direkt zur Wahlprogrammstudie](#)

Wirtschaft als zentrales Wahl- kampfthema

Wachstumsfreundlichkeit der Wahlprogramme



Quelle: LBBW Research
Ungewichteter Durchschnitt über
alle Kategorien, Definition der Ska-
lierung: siehe Text.

allem der Fokus auf Investitionen, Strukturwandel, Bildung und Integration verantwortlich ist.

		Union	SPD	Grüne	AfD	BSW	FDP	Linke
Äußere Einflüsse	Exportförderung	3,0	2,0	1,3	0,0	1,8	2,7	0,0
	Rohstoffsicherung	2,1	2,3	2,5	1,0	1,8	1,5	0,5
Demografie	Förderung des Strukturwandels	2,4	2,4	3,0	0,5	2,0	1,3	1,8
	Verlängerung Lebensarbeitszeit	2,7	1,0	2,5	1,8	0,2	1,7	0,0
Staatliches Handeln	Gezielte Fachkräftenwerbung	3,0	2,3	2,7	1,0	0,7	2,3	0,8
	Deregulierung	3,3	1,9	2,3	3,0	1,8	3,5	0,0
	Steuern und Abgaben	2,0	0,3	2,0	2,0	1,0	2,0	0,0
	Gründungsförderung	2,4	1,3	2,0	1,2	1,8	1,7	0,0
Infrastruktur	Arbeitsanreize	2,7	1,0	2,3	2,3	0,5	3,5	0,0
	Investitionsschub	1,9	3,3	3,2	1,5	2,5	1,3	2,0
Bildung und Integration	Vereinfachung Prozesse	2,9	2,0	2,3	2,8	1,5	2,7	0,0
	Investitionen in Bildung	2,4	2,1	2,8	1,2	2,7	2,8	2,7
	Strukturreform Bildung	2,1	1,1	1,3	1,7	2,7	2,3	3,2
	Integration Bildungssektor	1,7	1,9	2,2	1,2	1,3	2,0	3,3
Mindset	Integration Arbeitsmarkt	2,7	2,6	2,8	1,0	0,7	2,7	1,8
	Anreize Partizipation Arbeitsmarkt	2,6	1,0	2,5	3,0	1,3	3,0	1,7
	Anreize Vermögensbildung	2,4	2,0	2,2	2,0	0,3	3,0	0,0
	Anreize für mehr Vollzeit	1,1	1,3	2,2	0,8	0,8	2,2	1,5

Der große Wurf ist nicht dabei

Unionsparteien und FDP ähneln sich darin, dass beide das Thema Deregulierung stark adressieren und damit einhergehend die Reduzierung von bürokratischen Lasten für Unternehmen und Bürger. Um diese Ziele zu erreichen, schlagen sie auch praktikable Maßnahmen vor. Bei der Bereitstellung neuer finanzieller Ressourcen für eine Investitionsoffensive stoßen beide allerdings an die Schuldenbremse, an der sie festhalten wollen.

Wenn auch keine Partei ein Programm vorlegt, dass die Wirtschaft wachzuküssen imstande wäre, so sind doch bei allen Parteien durchaus konstruktive Aspekte zu finden. Das zeigt die detaillierte Tabelle nach Politikbereichen.

Bei der AfD sticht die [Forderung nach einem EU-Austritt \(„Dexit“\)](#) heraus. Würde dieser Plan umgesetzt, wäre das ein Nackenschlag für Deutschlands exportabhängige Wirtschaft. Damit wäre das AfD-Programm aus wirtschaftspolitischer Sicht eigentlich eine glatte Null. Die Tabelle zeigt jedoch, dass neben diesem Harakiri-Vorschlag auch bei der AfD ein paar Ansätze enthalten sind, die isoliert betrachtet durchaus Sinn ergeben können, wie etwa ein Familiensplitting und Deregulierung.

Der AfD-Plan eines „Dexit“ ist die wachstumsfeindlichste Idee aller Parteien

Disclaimer:

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und in Liechtenstein. Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.